



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. März 2023  
Kantonsratspräsident Born Rolf

### **P 1070 Postulat Nussbaum Adrian namens der Mitte-Fraktion über eine Kündigung und einen Neuabschluss der Vereinbarung mit dem FC Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Das Postulat P 1070 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.

Andreas Bärtschi: Am 28. November 2022, also vor genau 112 Tagen, haben wir das Postulat P 798 über die Sicherheit bei Fussballspielen in Luzern aufgrund der wiederholt unzumutbaren Umstände und den daraus resultierenden Schäden und Kosten bei FCL-Heimspielen mit 65 zu 44 Stimmen erheblich erklärt. Mit diesem Postulat will man dieser Thematik Herr werden, welche uns schon mehr als zehn Jahre beschäftigt. Aus diesem Grund ist für eine Mehrheit der FDP-Fraktion die Dringlichkeit nicht gegeben.

Adrian Nussbaum: Es ist offensichtlich, dass alle Dringlichkeitskriterien erfüllt sind. Erstens ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht. Wer das ablehnt, hat in den letzten zwei Wochen weder Zeitung gelesen noch Radio gehört. Zweitens erträgt das Anliegen keinen Aufschub. Das Postulat verlangt ein sofortiges Handeln. Die Tatsache, dass die Regierung die Dringlichkeit unterstützt und diverse Aussagen einzelner Regierungsräte in den Medien zeigen, dass die Regierung das Thema morgen besprechen will. Es liegt kein ordentlich traktandiertes Geschäft vor, es handelt sich um kein laufendes Verfahren. Zudem fällt es in den Zuständigkeitsbereich des Kantons. Eine Ablehnung der Dringlichkeit kann somit ausschliesslich aus politischen Gründen sein. In den letzten Tagen wurde ich mehrmals mit dem Vorwurf konfrontiert, dass die Mitte-Fraktion mit diesem Postulat Wahlkampfpolemik mache. Erlauben Sie mir zwei Bemerkungen dazu. Erstens: Wir haben vor gut einem Jahr bei den letzten Ausschreitungen rund um die FCL-Spiele bereits ein Postulat eingereicht, damals ebenfalls dringlich, Sie haben die Dringlichkeit abgelehnt. Zweitens: Aus diversen Äusserungen einzelner Regierungsräte leite ich die Vermutung ab, dass die Haltung der Regierung heute eine andere ist als zum Postulat P 798. Damals hat die Regierung erklärt, man wolle warten und eine gemeinsame Lösung mit allen Kantonen suchen. Ich gehe davon aus – das ist eine Vermutung –, dass die Regierung heute einen anderen Weg sieht und eine Luzerner Lösung vorschlägt. Ich bitte den Justiz- und Sicherheitsdirektor, diese Vermutung zu entkräften oder zu bestätigen. Es ist doch etwas erstaunlich, wenn die Regierung in dieser Frage eine Praxisänderung macht, dass ausgerechnet die, welche diese Verschärfungen nicht wollen, hier im Rat nichts dazu sagen und darüber befinden wollen. Wer den Antrag auf Dringlichkeit ablehnt, weil er keine Verschärfungen will und auch in Zukunft zuschauen will und nur reden, der macht Wahlkampf. Die Regierung beantragt Dringlichkeit und wir alle können etwa einschätzen, wie die Luzerner Bevölkerung darüber entscheiden würde. Der Entscheid ist klar, ich persönlich erachte es gegenüber der Regierung als einen Affront, die Dringlichkeit abzulehnen, es ist aber auch ein Affront gegenüber der Luzerner Bevölkerung. Ich bitte Sie, den Antrag auf

Dringlichkeit zu unterstützen

Guido Roos: Für wen machen wir Politik? Für die Menschen, besonders für unsere Kinder und Grosskinder. Kinder haben einen natürlichen Bewegungsdrang und einen natürlichen Spieltrieb. Darum sind viele Kinder von Ballspielen fasziniert, insbesondere vom Fussball. Obwohl ich persönlich herzlich wenig von Fussball verstehe, finde ich das sehr gut. Fussball ist aber für viele Menschen mehr als Spass und Spiel. Man lernt, Ziele zu setzen. Der Fussball läuft Gefahr, mit diesem Imageverlust als Ganzes Schaden zu nehmen. Das ist gegen die Interessen unserer Nachkommen. Machen Sie es für unsere Kinder, packen Sie das Problem an und schieben es nicht weiter auf die lange Bank. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Guido Müller: Der Regierungspräsident hat vorhin beim Postulat von Daniel Keller erklärt, dass Wahlkampf kein Argument sei, um einen Vorstoss dringlich zu erklären. Ich sehe es bei diesem Postulat ebenso. Trotzdem stimme ich der Dringlichkeit zu, weil ich über mögliche Lösungsansätze diskutieren möchte. Die Lösungsansätze der Mitte-Fraktion finde ich falsch, deshalb möchte ich mich dazu äussern können.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Die politische Dringlichkeit, über dieses Postulat zu befinden, ist gegeben. Sie haben die Zeitungsartikel gelesen und die Wortmeldungen der Bevölkerung gehört. Es wäre falsch, das Problem auf die lange Bank zu schieben. Das nächste Risikspiel steht vor der Tür. Die Regierung will über dieses Thema diskutieren, da Handlungsbedarf besteht. Wir können nicht einfach zum Courant normal übergehen, sondern wir müssen aufzeigen, wie wir die Problematik einzudämmen versuchen. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 64 zu 47 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.